

Annoncen-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei G. H. Mitzel & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in L. eferich bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreihundachtzigster

Jahrgang.

Annoncen-Bureau.
In: Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Haube & Co.,
Haasensteins & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Nr. 401.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 11. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

A m t l i c h e s.

Berlin, 10. Juni. Der bisherige Geheime Kanzlei-Sekretär in der Reichskanzlei, v. Brisse, ist zum Geheimen Registrator in der Reichskanzlei ernannt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, den 11. Juni.

Die Kirchengesetzkommission nahm gestern die zweite Lesung der Vorlage vor. Zum Art. 1 beantragte Abg. v. Rauchhaupt folgende Fassung: „Das Staatsministerium ist ermächtigt, mit egl. Genehmigung die Grundsätze festzustellen, nach welchen der Minister für die geistlichen Angelegenheiten befugt ist, diejenigen, welche von den geistlichen Oberen dem Oberpräsidenten in Gemäßheit des Gesetzes vom 11. Mai 1873 benannt sein werden, von den Erfordernissen der §§ 4 und 11 desselben Gesetzes zu dispensiren. Ausländischen Geistlichen kann der Minister der geistlichen Angelegenheiten die Vornahme von Amtshandlungen in Grenzdistrikten, sowie die Ausübung eines der im § 10 erwähnten Aemter gestatten.“ Abg. v. Cuny bestreitet, daß ein Bedürfnis vorhanden sei, von dem § 11, der sich auf die Anstellung an Knaben- und Frauenasylen, Knabenkonvikten und Klerikal- und Priesterseminaren bezieht, zu dispensiren, oder ausländische Geistliche, die es ablehnen, das deutsche Indigenat zu erwerben, zuzulassen; was insbesondere die Knabenasyle und Knabenkonvikte betreffe, so habe bereits § 14 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 bestimmt, daß sie nicht mehr errichtet und daß in den bestehenden Anstalten dieser Art neue Zöglinge nicht mehr aufgenommen werden dürften; sollte etwa jetzt die Absicht obwalten, die Aufhebung dieser Verbote vorzubereiten, so müßte einer solchen unheilvollen Absicht der entgegengesetzte Widerstand entgegengesetzt werden. Regierungskommissar Geh. Ober-Reg.-Rath Hübler erwidert, daß auch die Klerikal- und Priesterseminare in Betracht kämen. Abg. von Bennigsen meint, für diese würden doch unter den zahlreichen inländischen Geistlichen genug geeignete Personen zu finden sein. Abg. Schmidt-Sagan beantragte Wiederherstellung der Nr. 3 der Regierungsvorlage; Abg. v. Rauchhaupt erklärte, die Konservativen hätten prinzipielle Gründe, diese Nr. 3 zu streichen; dieselbe sei eine Verschärfung der schon bestehenden Gesetze. An der Diskussion beteiligten sich noch die Abgg. Windthorst, Brüel, Franz, v. Stabrowski, v. Rauchhaupt, Weber, Reichensperger. Bei der Abstimmung wurden die Worte „und § 11“ mit 14 gegen 7 Stimmen beibehalten, die Worte „oder die Ausübung eines der im § 10 erwähnten Aemter“ gestrichen, die Wiederherstellung der Nr. 3 mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt, schließlich der ganze Artikel in der Fassung des Antrages v. Rauchhaupt, ohne die gestrichenen Worte, angenommen. Art. 2 wird gegen 1 Stimme (Abg. Brüel) gestrichen. Art. 3 wird angenommen. Zum Art. 4 beantragte Abg. v. Rauchhaupt folgende Fassung: „Das Staatsministerium ist ermächtigt, mit königl. Genehmigung einem Bischofe, welcher auf Grund der §§ 24 ff. des Gesetzes vom 12. Mai 1873 durch gerichtliches Urtheil aus seinem Amte entlassen worden ist, die staatliche Anerkennung als Bischof seiner früheren Diözese zu ertheilen, sobald derselbe die Verpflichtung zur Benennung in Gemäßheit des Gesetzes anerkennt oder durch Handlungen die Absicht an den Tag gelegt hat, der Benennungspflicht zu genügen.“ Abg. v. Bennigsen wiederholt seine frühere Erklärung, die Nationalliberalen sähen in der Rückkehr abgesetzter Bischöfe in ihre früheren Diözesen eine solche Schädigung der Stellung des Staats, daß sie gegen jede Vorlage stimmen würden, welche in irgend einer Form diese Rückkehr ermöglichen wolle. Der Artikel 4 wird gegen die 8 konservativen Stimmen abgelehnt. Der Art. 5 wird angenommen, nachdem im letzten Absätze auf Antrag des Abg. Schmidt-Sagan nach den Worten „persönliche Eigenschaften“ eingeschaltet worden ist, „mit Ausnahme des deutschen Indigenats“. Art. 6 wird angenommen. Art. 7 ist ausgefallen, es ist kein Antrag auf Wiederherstellung gestellt. Zum Art. 8 beantragte Abg. v. Rauchhaupt folgende Fassung: „Die Wiederaufnahme eingestellter Staatsleistungen kann, abgesehen von dem Falle des § 2 des Gesetzes vom 22. April 1873 für den Umfang eines Sprengels durch Beschluß des Staatsministeriums angeordnet werden. Der Schlußsatz des § 6 desselben Gesetzes findet sinngemäße Anwendung.“ Dieser letzte Satz wird abgelehnt, im übrigen der Antrag angenommen. Für den Art. 9 beantragte Abg. v. Rauchhaupt folgende Fassung: „Den Strafbestimmungen der Gesetze vom 11. Mai 1873 und 21. Mai 1874 unterliegt das Spenden der Sakramente und das Lesen der Messe seitens gesetzmäßig angestellter Geistlichen nicht.“ Graf Winkingerode beantragte, statt der Worte „Spenden der Sakramente und das Lesen der Messe“ zu setzen: „Spenden der Sakramente“. Abg. v. Bennigsen erklärt, für diesen letzten Antrag stimmen zu wollen. Bei der Abstimmung wird der Antrag Winkingerode mit 11 gegen 10 Stimmen

men abgelehnt und der Antrag von Rauchhaupt angenommen. Art. 10 wird angenommen. Art. 11 wird mit 14 gegen 7 Stimmen gestrichen. Zu dem in der ersten Lesung hinzugefügten Art. 12 (Zeitbeschränkung) beantragte Abg. v. Rauchhaupt nach „Art. 3“ einzuschalten „und 10“; der Artikel wird mit dieser Einschaltung angenommen. Bei der Abstimmung über den ganzen Gesetzentwurf wird derselbe mit 13 Stimmen (Nationalliberalen, Fortschritt, Zentrum) gegen die 8 Stimmen der Konservativen und Freikonservativen abgelehnt. Die Kommission beschließt alsdann schriftliche Bericht erstattung und wählt zum Berichterstatter den Abg. Dr. Grimm.

Das Resultat der Kommissionsberatung über die kirchenpolitische Vorlage ist also die Ablehnung des Gesetzentwurfs im Ganzen. Die Konservativen und Freikonservativen hatten — so schreibt die „N. L. Z.“ — versucht, durch Verständigung unter sich allein, bezw. mit der Regierung, eine Fassung der Vorlage herzustellen, für die eine Majorität zu erreichen wäre. Aber dieser Versuch, ohne, sei es entweder das Zentrum oder die Nationalliberalen, vorzugehen, mußte nothwendig scheitern. Das negative Resultat der Kommissionsberatung wird wohl das Vorbild dessen sein, wie es im Plenum geht. Die freikonservativen Anträge, die der konservativen Verständigung zu Grunde lagen, enthielten in manchen wichtigen Punkten unbefriedigbare Verbesserungen, so in dem Art. 1 die Bestimmung, daß die verlangten Dispense nur bei gesetzmäßig benannten Geistlichen ertheilt werden dürften, so in dem Art. 4 die Bestimmung, daß ein abgesetzter Bischof nur dann wieder anerkannt werden kann, wenn er die Benennungspflicht zugestimmt, so die Bestimmung, daß auch bei einem Bischofs-Verweiser von dem Erforderniß des deutschen Indigenats nicht dispensirt werden kann, so die Zeitbeschränkung. Allein die Verbesserungen sind lange nicht weitgehend genug, um den Nationalliberalen die Zustimmung zu ermöglichen. Insbesondere verdient die bestimmte Erklärung des Abg. v. Bennigsen hervorgehoben zu werden, daß die Nationalliberalen in der Rückkehr gerichtlicher Bischöfe eine so schwere Schädigung des Staats erblicken, daß sie keinem Gesetz zustimmen vermöchten, welches in irgend einer Form eine solche Rückkehr ermöglichen würde. Die Regierung wird sich jetzt vor der Plenarverhandlung, die voraussichtlich schon am nächsten Montag oder Dienstag beginnen wird, noch einmal zu überlegen haben, ob sie die nationalliberalen Forderungen zuzugestehen vermag. Auf der Linie der konservativen Anträge ist eine Majorität nicht zu erzielen, es müßte denn das Zentrum sich der Abstimmung enthalten, was aber auch nicht mehr sehr wahrscheinlich ist, nachdem die Vorlage noch erheblich, im Sinne dieser Partei gesprochen, verschlimmert worden. Wir erblicken nach dem bisherigen Entwicklungsgang kaum mehr eine Aussicht, daß das Gesetz zu Stande kommen könnte, und das Beste wäre wohl, es würde, als zur Zeit noch nicht reif, zurückgezogen.

Die „Tribüne“ bemerkt zu dem Ausfalle der Kommissionsberatung:

„Die gestern erfolgte Ablehnung der kirchenpolitischen Vorlage in der Kommission hat die bevorstehenden Verhandlungen im Plenum um Vieles schwieriger gemacht, als wenn der Beschluß der Kommission im beabsichtigten Sinne gefallen wäre. Daß in der zweiten Lesung im Plenum versucht werden wird, die von der Kommission verworfenen Einzeltheile des Entwurfs wieder herzustellen, ist selbstverständlich, ebenso sicher ist nach der bis jetzt bestehenden Stimmung der Parteien, daß dieser Versuch mißlingen wird. Dann folgt der ominöse Zwischenakt zwischen zweiter und dritter Lesung, in welchen bei allen schwierigen Konfliktfällen der eigentliche Hochdruck der Kompromißversuche zu fallen pflegt. Die Entscheidung in der Kommission hat das Zentrum gegeben: ob es diese Entscheidung im Plenum wiederholt, dafür wird in letzter Linie wohl das Verhalten der Regierung maßgebend sein. Was die Haltung der nationalliberalen Mitglieder den anstößigsten Stellen des Entwurfs, namentlich dem „Bischofsparagrafen“ gegenüber belangt, so dürfen wir erwarten, daß dieselbe eine feste, unverrückbare ist.“

Aus Baiern wird der „N. Z.“ geschrieben:

„Mit großer Befriedigung wird die Nachricht der „N. Ztg.“ aufgenommen, daß der Kanzler wegen allenfallsiger Abweisung der kirchenpolitischen Vorlage am preussischen Landtage keinen Demissionsgrund erblickt, da es sich um preussische, nicht um Reichsangelegenheit handelt. So dürften sich die Herren vom Zentrum und die jesuitische Partei in Rom in ihren übertriebenen Ansprüchen jedenfalls sehr verrechnen haben, denn gestützt auf eine mächtige Friedenspartei am Berliner Hofe dachten sie selbst den Sturz des Kanzlers schließlich herbeizuführen. Wenn Fürst Bismarck seine aggressive Gesundheitspolitik so viel als möglich zum Besten des Reiches schont, sich nur auf Angelegenheiten des Reiches und der auswärtigen Politik beschränkt, und durch Stellvertretung außerdem noch entlastet wird, haben wir Hoffnung, daß das noch neue Reich seines mächtigen Einflusses gegen auswärtige Feinde sich noch lange erfreuen und ungestört seine innere Entwicklung beenden kann. Auch das Prestige des eisernen Kanzlers ist eine Friedensprämie so gut wie das mächtige Reichsheer, welches seinen stets glücklichen Kombinationen auch den gehörigen Nachdruck verleiht. Noch längere Zeit beruht ja unsere Machtstellung auf der Schlagfertigkeit in Politik und Heer.“

Von den Kongreßmächten werden der Pforte zwei identische Noten übergeben, von denen die eine die Berufung

der Konferenz für den 15. d. nach Berlin zur Erledigung der griechischen Grenzberichtigungsfrage zur Anzeige bringt (möglicherweise ist dieselbe schon übergeben, jedoch liegen Nachrichten hierüber noch nicht vor), die andere die Ausführung der Kongreßbeschlüsse in Bezug auf Montenegro und Armenien von der Pforte fordern wird. Es handelt sich bei beiden Noten um identische Äußerungen der Mächte, nicht um eine Kollektivnote. Die identische Note ist eine mildere Form und besteht darin, daß jeder Botschafter seine den Noten der übrigen Botschafter gleichlautende Note überreicht, während die Kollektivnote die Unterschriften aller Botschafter trägt. Uebrigens hat die Pforte — nach dem „Wiener Fremdenblatt“ — bereits ihre Cirkulernote expedirt, mit der sie der identischen Note zuvorzukommen suchte. Ihre Note enthält, wie neulich schon angedeutet, eine genaue Aufzählung aller noch nicht zur Ausführung gelangten Bestimmungen des Berliner Vertrages und Verwahrung gegen jede fremde Einmischung.

„Je weiter man kommt, desto schwerer ist es, vorherzusehen, was aus dem neuen Maigesetze des Herrn v. Bismarck werden soll.“ So beginnt die „Republique Française“ eine Betrachtung über die babylonische Verwirrung in Berlin und über die Äußerungen Bismarcks, welche die „Köln. Ztg.“ mitgetheilt. Die Franzosen blicken mit Schadenfreude auf die Verwicklung in Deutschland. „Auf jeden Fall“, meint die „Republique“, „ist es als eine sonderbare Erscheinung in unserer Zeitgeschichte zu betrachten, daß dieser selbige Minister, der Deutschland geschaffen, von dem Deutschland sich ohne nicht wieder gut zu machenden Schaden nicht trennen könnte und der in vieler Beziehung eine fast unbeschränkte Gewalt ausübt, es nicht dazu bringen kann, daß er auf die Volksvertreter einen dauernden Einfluß ausübt.“ Die „Republique“ findet die Lösung dieses Räthfels zuerst in dem fröndlichen Charakter des deutschen Volkes, das immer nergele und bekrittelt, so daß jedoch in der bestehenden Verfassung in Preußen sowohl wie im deutschen Reiche. „Die nach einem sehr demokratischen Gesetze gewählten Kammern besitzen die gesetzgebende Gewalt in ihrer ganzen Fülle, doch jeder Einfluß auf die Exekutive ist denselben untergeordnet. Das Ministerium ist in keinem Grade vor denselben verantwortlich; es hängt ausschließlich von dem Souverän ab, der es ernannt, beibehält, ändert oder fortsetzt, wie es ihm gefällt. Könnte der Kanzler durch ein Votum des Landtages oder des Reichstages gestürzt werden, so könnte er sicher auf eine ganz und gar ergebene Mehrheit rechnen; denn man fände nicht einen einzigen Patrioten, der sein Vaterland der Dienste des Kanzlers berauben wollte. Mit einer Drohung, seine Entlassung zu fordern, hätte er die Tadelsüchtigsten im Schach gehalten. Da man aber weiß, daß die feindseligsten Abstimmungen seine Stellung nicht erschüttern, so nimmt man keinen Anstand, die Anträge, die ihm am Herzen liegen, abzuändern oder zu verwerfen. Mag er auch die heftigsten Neben halten, so stimmt man nichts desto weniger wie es einem gefällt!“

Die Wahlen für die belgische Repräsentantenkammer, welche soeben in den Provinzen Antwerpen, Brabant, Westflandern und Luxemburg stattgefunden, haben für die liberale Partei ein günstiges Resultat ergeben. Antwerpen hat aber für die Klerikalen gestimmt, und zwar in Folge eines lügenhaften Gerüchtes, welches dieselben im letzten Augenblicke gegen das Gouvernement austreuten. Der ausgezeichnete Bürgermeister dieser Stadt, de Bael, ist aus der Kammer eliminiert. Abgesehen jedoch von dieser peinlichen Niederlage, ist alles ganz vortrefflich gegangen. Die Liberalen bleiben am Ruder und ihre Majorität wird wahrscheinlich um einige Stimmen verstärkt werden. Sie betrug vor den Wahlen zwölf und wird jetzt je nach dem Ergebnisse der noch erforderlichen (vier) Stichwahlen bis auf zwanzig steigen. Es ist dies vom Gesichtspunkte der Einheit und Stärke der liberalen Partei das glücklichste Resultat, welches erzielt werden konnte. Die Majorität ist zu klein, als daß die Progressisten sich von den gemäßigt Liberalen trennen könnten, und die gesamte Partei wird fortfahren, den klerikalen Annäherungen mit Energie zu begegnen. Die Ausführung der Reform des Elementar- und des mittleren Unterrichts ist gesichert; außerdem kann jetzt als gewiß gelten, daß die bevorstehenden Nationalfeste unter einem liberalen Gouvernement stattfinden werden. Das sind die drei sehr wesentlichen Punkte, welche anlässlich der jüngsten Wahlen in die Augen springen.

Die Mission Götschen steht in England noch immer im Vordergrund der politischen Diskussion. Der Konstantinopeler Berichterstatter des „Standard“ erzählt, daß Herr Götschen nach einer Anfrage bei der englischen Regierung gewisse Stellen jener Ansprache an den Sultan abänderte, aber den ursprünglichen Text in der Privataudienz, welche dem offiziellen Empfange folgte, reproduzirte. Der Korrespondent fügt hinzu, auf der Pforte herrsche große Feindseligkeit gegen Götschen. Nach den „Daily News“ entbehrt diese Nachricht gänzlich der Begründung. Herrn Götschen's Ansprache, versichert das gouvernementale Organ, wurde so gehalten, wie sie ursprünglich abgefaßt worden. Der Verzug in dem Empfange des außerordentlichen Botschafters mag in Folge des

Sträubens des Sultans entstanden sein, die ihm erteilten Warnungen entgegenzunehmen, aber keine Abänderung, weder in dem Wesen noch in der Sprache der Anrede, wie dieselbe ursprünglich entworfen worden, wurde aus Rücksicht gegen diese Stimmung vorgenommen. Herr Götschen hat dem Sultan die Uebersetzung einer Denkschrift versprochen, welche die englischen Vorschläge und Rathschläge betreffs der in der Türkei nothwendigen Reformen enthalten wird.

Der Inhalt der türkischen Note in Antwort auf die Kollektiv-Mittheilung der Mächte wird allmählig bekannt. Es scheint, daß die Türkei einen sehr hohen Ton anschlägt und erklärt, daß der Sultan die Einmischung der auswärtigen Mächte in die inneren Angelegenheiten des Reiches nicht erlauben wird, eine Erklärung, welche in auffallendem Widerspruch zu der gleich darauf folgenden Behauptung steht, daß ihm Alles daran liege, die berliner Vertragsbestimmungen zur Durchführung zu bringen. Die griechischen und montenegrinischen Schwierigkeiten werden sodann nebst dem Versprechen erwähnt, daß dieselben in freundschaftlicher Weise gelöst werden würden. Der starke Punkt in der Note ist der Einwand, daß die dem Reiche schädlichen Klauseln des Berliner Vertrages nicht aufgezwungen werden sollten, so lange die wohlthätigen Klauseln noch unausgeführt geblieben, nämlich die Schleifung der Donaufestungen, die Okkupation der Balkangrenze durch die Türken, politische, soziale und religiöse Gleichheit zwischen Muhammedanern und Christen in Bulgarien und Ostrumelien, die Umwandlung Batums in einen ausschließlichen Handelshafen und die Unterdrückung der bulgarischen Kanonenboote auf der Donau. Die Thatfache, daß der Fürst von Bulgarien eine ganze Armee russischer Offiziere und Soldaten in seinem Dienste hat, wird gleichfalls hervorgehoben und es wird mit triftigen Gründen eingewendet, daß der Berliner Vertrag, welcher auf Erhaltung der Türkei abzielte, nicht als Waffe zu deren Zerstörung benutzt werde. Das Schriftstück soll von Musurus Pascha abgefaßt sein.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 10. Juni.

Die vom Reichstanzler seit einiger Zeit vielfach zu Rundgebungen benutzten „Grenzboten“ bringen heute einen Artikel über „die Genesis der kirchenpolitischen Vorlage“. Bekanntlich wurden die diplomatischen Aktenstücke allmählig und nicht in chronologischer Reihenfolge veröffentlicht; der Verfasser macht den Versuch, aus einer zusammenhängenden Diskussion derselben ein genaueres Verständnis der Thatfachen zu gewinnen. Die Besprechungen des vergangenen Winters zwischen Mgr. Jacobini und dem Geh. Rath Hübler haben den Ausgangspunkt gehabt, eine Revision der Maigesetze in dem Sinne herbeizuführen, daß die preussische Regierung sich anheischig machen wollte, gewisse Punkte dieser Gesetze abzuheben, um dafür zu erlangen, daß der Papst für den Rest den Gehorsam der Katholiken verbürge. Am 24. Februar erließ die Kurie ihr Breve, welches den Anschein erwecken sollte und in weiten Kreisen thatsächlich erweckt hat, daß die Kurie die Anzeigepflicht unbedingt gestatten wolle. Dieses Breve, erlassen an einen seines Amtes entsetzten Erzbischof und durch die deutsche ultramontane Presse veröffentlicht, sei ein Manöver gewesen, durch welches den deutschen Katholiken habe gesagt werden sollen: „Seht, der Papst thut das beinahe Unglaubliche, er bewilligt den Kernpunkt der Maigesetzgebung, nämlich die Anzeige der von den Bischöfen berufenen Priester; wenn der Friede nicht kommt — den Papst, der Alles gethan, bis an die Grenze der Möglichkeit gethan, trifft keine Schuld.“ Gleichzeitig habe sie aber dasselbe Zugeständniß, welches sie nach außen hin als so erheblich darstellt, in dem amtlichen Schriftwechsel in einer Weise beschränkt, welche dasselbe jeden Werthes entleibete. Die preussische Regierung habe es nach der Rückkehr Hüblers von Wien für konstatirt gehalten, daß die Kurie die ganze Maigesetzgebung verwerfe und habe darum von Fortsetzung der Verhandlungen abgesehen; durch das Breve vom 24. Februar habe die Kurie die Verhandlungen wieder in Gang bringen wollen. Zudem der Verfasser die Anerbietungen der Kurie und ihre Forderungen gegenübergestellt, gelangt er zu dem Schlusse:

Welch ein Zugeständniß und welcher Preis! Nichts bieten und Alles fordern, das kann in der That nur die Kurie, und sie ist dabei unerhöflich, Formen zu finden, worin der einseitige Tribut, den sie fordert, als zweifelhafte Geschäft erscheint.

Die Antwort auf das Breve vom 24. Februar sei der Beschluß des Staatsministeriums vom 17. März gewesen. Den Ausbrüchen von Unzufriedenheit, die hierauf erfolgten, sei der Kanzler durch seinen Erlaß vom 20. April entgegengetreten. Dann seien gegenseitig die Ankündigungen erfolgt, den Weg der Deffentlichkeit zu betreten und Preußen habe hiervon zuerst Gebrauch gemacht.

Zum Schluß sagt der Verfasser:

Wir fragen nun: Weshalb hat die preussische Regierung ihre Vorlage vom 19. Mai eingebracht, nachdem die Kurie jede Verständigung auf Grund einer solchen Vorlage zurückgewiesen? Man wird vielleicht sagen: Wenn die preussische Regierung sich bloß gegen den Vorwurf schützen wollte, das Mißlingen der Verhandlungen verschuldet zu haben, so genügt es, wenn sie der päpstlichen Anklagedrohung durch den veröffentlichten Schriftwechsel zuvorkam, wie es ja geschehen ist. Dagegen — so werden Viele denken — war die Vorlage vom 19. Mai als Beweis der Friedensliebe überflüssig, nachdem die Kurie eine solche Friedensbasis zurückgewiesen, und deshalb muß hinter der Vorlage etwas Anderes stecken. Darauf ist einfach zu erwidern, daß dieser thatsächliche Beweis von Friedensliebe doch nicht überflüssig ist. Die liberalen Blätter sagen, bei den Katholiken, welche nur die Kaplanspresse lesen, verfange dieser Beweis nicht. Der Beweis ist aber auch nicht auf die von der Kaplanspresse bedienten Katholiken berechnet. Das Feuer des Kulturkampfes war sehr im Erlöschen, zum Theil allerdings in Folge der Verständigungsversuche, auf welche die preussische Regierung sich mit dem neuen Papst eingelassen hatte und — einlassen mußte. Man denke nur nicht, daß irgend ein Kampf, irgend ein Arbeit im ersten Ansatze gleichmäßig sich steigend fortlaufen kann. Es kommen Pausen, Ermattungen und darauf das Ende oder neue Ansätze. So will es das Gesetz des Lebens, dem auch der Kulturkampf unterliegt. Auch Herr von Bennigsen sprach schon öffentlich von dem Bedürfnis des kirchlichen Friedens. Wenn dieses Bedürfnis allgemein ist, so muß nun allen Augen offenbar werden, wer ihm entgegensteht.

Dazu dient überzeugend die Vorlage vom 19. Mai. Es hatte nicht ausgereicht, Schriftstücke zu veröffentlichen, welche die unerfüllbaren Anforderungen der Kurie auf's Neue bestätigten. Man muß sich weit über die Klüfte hinüberbiegen und der Kurie die Hand entgegenstrecken, damit die Welt sieht, wer nicht in die Hand einschlägt. Dann kann der Kampf neu entbrennen. Dies besweckt die Vorlage vom 19. Mai. Aber nicht bloß dies. Es ist trotz alledem nicht ausgeschlossen, daß die Kurie es geschehen läßt, daß auf dem Grunde dieser Vorlage sich ein modus vivendi bildet. Die Motive zu diesem Geschehenlassen kann die Kurie in der Weltsituation finden, wenn die Jesuiten dies zulassen. Ob die Klugheit über den Fanatismus siegt, muß man abwarten. Siegt der Fanatismus, so ist die Position des Staates durch die Vorlage vom 19. Mai ungeheuer gestärkt. Siegt die Klugheit, so eröffnet sich ein Weg zum Frieden, welcher für die Kurie der leichteste und für den Staat der vorteilhafteste ist. Das sollten die Nationalliberalen bedenken. Anstatt die Vorlage zu zerstückeln und nach allen Seiten hin wirkungslos zu machen, sollten sie dieselbe en bloc annehmen, mit dem einzigen Zusatz einer Fristbestimmung, und sollten ihre Bereitwilligkeit dazu der Regierung fund thun. Dann würde diese wohl die Konstantinen zu dem Gleichen vermögen. So sollten die Nationalliberalen im Plenum verfahren. Die Arbeiten der Kommission werden nur den Zweck erfüllen, den Parteien die Zeit zur Wahl des richtigen Entschlusses zu verschaffen.

Pocales und Provinzielles.

Posen, 11. Juni.

Die Waldfreunde und das Forstpolizeigesetz. Das Feld- und das Forstpolizeigesetz vom 1. April d. J. tritt zwar mit dem 1. Juli d. J. in Kraft, wird jedoch, wenigstens was die königlichen Forsten im Regierungsbezirk Posen betrifft, nach einer an die königl. Forstbeamten ergangenen Weisung gegenüber harmlosen Spaziergängern, Pflanzenjammern u. dergleichen nicht in so rigoröser Weise zur Anwendung gebracht werden, wie dies vielfach befürchtet worden ist. Es sollen danach Unberechtigte nur dann aus dem Walde gewiesen werden, wenn zu befürchten ist, daß das Betreten des Waldes außerhalb der öffentlichen Wege Nachtheile oder Gefahren für den Wald herbeiführen werde u. s. w. Spaziergängern im Eichwalde, bekanntlich dem der Stadt Posen am nächsten gelegenen königlichen Forste, werden also durch das neue Gesetz in ihrem Vergnügen nicht gestört werden. Wie es dagegen künftig in dem Walde um den Gorka-See bei Moschin, wohin bekanntlich von Posen aus häufig Ausflüge gemacht werden, gehalten werden wird, das wird ganz von der Entscheidung der Besitzerin dieses Waldes, der Frau Gräfin Dzialynska, resp. des Pächters, Herrn v. Plucinski auf Trzebam, abhängen.

Wissa, 9. Juni. [Fahrmarkt. Bienenzüchterverein.] Der heutige Fahrmarkt, Kram- und Viehmarkt, war von der schönsten Witterung begünstigt und stark besucht. Besonders war der Viehmarkt stark frequentirt und waren dort neben ziemlich viel Rindvieh auch eine beträchtliche Zahl Pferde aufgetrieben. Das Geschäft mit Pferden soll jedoch nur ein beschränktes gewesen sein, da die enorme Höhe der Paserpreise Käufer sehr zur Zurückhaltung bewegen haben soll. Die bei abgeschlossenen Verträgen gezahlten Preise sollen zufriedenstellend gewesen sein. — Der Bienenzüchterverein für Wissa und Umgegend hat heute zur Abwechslung einen Ausflug nach Stordneft unternommen, um dort einen Vortrag anzuhören und darauf in der Nähe bei einem Vereinsmitgliede, das ein renommirter Bienenzüchter ist, einen Vortrag mit Experimenten auf dem Bienenstande selbst entgegenzunehmen. Die Mitglieder versammelten sich hier im Lokale des Herrn Ruhnert und fuhren auf einem großen Wagen, welchen Herr Erbischoltzbesitzer Schubert jr. aus Grünau freundlich dem Vereine zur Verfügung gestellt hatte, um 1 Uhr Nachmittag nach Stordneft.

Polajetow, 9. Juni. [Schützenfest. Frecher Diebstahl.] Posen. Witterung.] Bei dem am Sonntag, den 6. d. M. in Beversdorf (4 Km. von hier) abgehaltenen Schützenfeste wurde der Freischützen-Gutsbesitzer Niesow König und der Gutsbesitzer Klingbeil Viseförst. Fast in allen Dörfern unseres Bezirks werden jetzt Pfingstschützen veranstaltet. — Herr Probst George hier wurden in der Nacht vom Montag zum Dienstag aus drei verschlossenen Ställen von den darin befindlich gewesenen Stühnern 15 gestohlen und geschah dieses mit solcher Frechheit, daß die Diebe den Stühnern im Stalle die Köpfe abdrückten, diese liegen ließen und die Körper mitnahmen. Bis jetzt ist man den Dieben noch nicht auf der Spur. — Unter den Schafen der Wirthe Jahn und Burch hier sind die Pöden ausgebrochen. — Vorgestern hatten wir starkes Gewitter und Hagel, gestern des Morgens heftigen Regen und Wind.

S. Samter, 9. Juni. [Kirchliche Wahlen. Remontemarkt.] Am 7. d. M. fanden in der hiesigen evangelischen Gemeinde die Ergänzungswahlen für 4 Mitglieder der Kirchen-Repäsentanten, welche von hier vorgewogen sind, und die Wahl von 3 Mitgliedern zur Kreisynode statt. Es wurden gewählt: 1) zu Repräsentanten: Posthalter Runkowski, Maschinenbauer Röstel, Kupferschmiedemeister J. Schulz jun. von hier und der Ackerwirth Weiland aus Schlovochoro; 2) zur Kreisynode: Landrath Dr. v. Dziembowski, Rittergutsbesitzer v. Grumadinski-Przyboronko und Buchdruckereibesitzer Krüger hier. — Am dem heute hier abgehaltenen Remontemarkt wurden 37 Pferde vorgeführt, davon aber nur 14 gekauft. Der höchste Preis betrug 1050 M., der niedrigste 550 M. und der Durchschnittspreis 750 M. Ein Pferd mußte wegen Augenkrankheit zurückgestellt werden. Gegen frühere Jahre sind diesmal im hiesigen Orte weniger Pferde gestellt und auch weniger gekauft worden.

Schneidemühl, 9. Juni. [Vergnügungszüge. Gewitter und Hagelschlag. Feuerwehr. Konsumverein. Augenkrankheit.] Die königliche Direktion der Ostbahn hat die sehr dankenswerthe Einrichtung getroffen, von heute ab täglich für die Strecke von hier bis zum Forstetablissement Notkewobrud Retourbilletts auszugeben. Das Billet kostet für die 3. Wagenklasse 50 Pf. und für die 2. Wagenklasse 60 Pf. und hat für die Nachmittags- und Abends zwischen hier und Posen resp. umgekehrt fahrplanmäßig couren Züge Gültigkeit. Der schöne Eichenwald bei genanntem Forstetablissement wird von den hiesigen Bewohnern im Sommer häufig zum Vergnügungsort ausersehen und werden daselbst auch die meisten Sommerfeste der Vereine, Schulen u. dergleichen. Die bequeme Hin- und Rückfahrt wird die hiesigen Bewohner gewiß noch zu häufigeren Ausflügen nach jenem Etablissement anregen. — Die Gewitter, welche sich gestern und vorgestern über unsere Gegend entluden, waren leider auch mit Hagel verbunden, der auf den Saatenselbsten nicht unerheblichen Schaden angerichtet hat. — Bei dem letzten hier stattgehabten Brande hat sich wiederum so recht das Bedürfnis zur Errichtung einer Feuerwehr gezeigt. Es mangelte nämlich nicht nur an Wassereimern sondern auch an Wasserträgern, obwohl Hunderte von Zuschauern auf dem Platze waren. Die zum Löschen verpflichteten Hausbesitzer erschienen mit ihren Wassereimern erst in der Regel, wenn der Brand bereits gelöscht ist und verlassen die Brandstelle wieder, sobald ihr Name von dem dazu beauftragten Polizeibeamten aufgerufen worden ist. Solche Gleichgültigkeit oder auch Saumläufigkeit ist wohl bei kleineren unbedeutenden Bränden zu übersehen, doch dürfte bei größerer Gefahr ein solcher Völkchen sich schwer rächen. Aus der Mitte der Bürger ist deshalb bei der Stadtverordneten-Versammlung der Antrag gestellt worden, darauf hinzuwirken, daß die projektirte Errichtung einer freiwilligen Feuerwehr so bald wie möglich ins Leben trete. Wie verlautet, hat sich der Magistrat mit dieser Angelegenheit bereits näher beschäftigt und hofft derselbe in kürzester Frist mit der Organisation eines solchen Instituts vorzugehen. — Der hiesige Konsumverein, welcher schon seit langer Zeit kränkelte, hat jetzt endlich seine definitive Auflösung beschlossen. — Mehrere Schüler des hiesigen Gymnasiums sind von der granulösen Augenkrankheit befallen und deshalb von dem Unterricht vorläufig entbunden worden.

OO Aus der Provinz, 9. Juni. [Die Klage über die hohen Gerichtskosten.] ertönt zwar von allen Seiten, sie wird aber noch lauter werden müssen, ehe sich die Aussicht auf Ermäßigung erfüllt. Wir möchten hier nur daran erinnern, daß der Begriff „Pauschal-Quantum“, welcher noch auf jeder Kostenrechnung erscheint, ganz illusorisch geworden ist. Unter einem Pauschal-Quantum versteht man doch einen Satz, der alle Nebenkosten einschließt: nun erscheinen aber neben dem Pauschal-Quantum noch Postgebühren, Schreibgebühren, Kalkulationen u. s. w. Man belehrt uns, daß das baare Auslagen seien, welche auf Grund des Kassenbuches neben den Pauschal-Sätzen in Ansatz kommen. Das ist aber eben nur eine Thatfache und keine Begründung. Die Pauschal-Quanten sind so hoch, daß aus denselben doch wenigstens auch noch die Schreibgebühren und das Porto bestritten werden könnte, wie es bis zum 1. Oktober 1879 der Fall war. Das Porto ist noch eine Extra-Ausgabe für alle diejenigen Interessenten, die auf dem Lande wohnen. Dem Städter wird seine Vorladung frei in's Haus gebracht, der Bauer muß Porto dafür bezahlen. Nicht minder hart ist es, daß die Aushändigung aller im vormundschaftlichen Interesse hinterlegten Gelder und Werthpapiere auch immer nur portopflichtig erfolgt. Vom Vormunde wird verlangt, daß er sein Amt als ein Ehrenamt ansehe und der vormundschaftliche Fiskus läßt sich jeden Pfennig Porto, jede Seite Schreibwerk gewissenhaft aus dem Mündelvermögen bezahlen! Möge man doch schlußendlich die Pauschal-Quanten entsprechend erhöhen, aber man lasse sie wirklich als Pauschal-Sätze gelten, neben denen nicht noch für jeden Federstrich ein besonderer Groschen liquidirt wird!

Staats- und Volkswirtschaft.

M. Posen, 10. Juni. [Wollbericht.] Nach den bisherigen Anmeldungen bei den Lagerinhabern zu urtheilen, dürfte das am Markte zum Verkauf zu stellende Quantum ein ziemlich bedeutendes werden. Größere Posten, welche sonst nach Breslau gingen, müssen unseren Markt aufsuchen, weil die ungünstige Witterung die Fertigstellung der Wolle verzögert hat. Der breslauer Markt hat für die Verkäufer kein günstiges Resultat geliefert. Nur feine Sorten erzielten 6—9 Mark über Vorjahrspreise, während Mittel- und Wollen theilweise noch unter Vorjahrspreisen verkauft wurden. Der breslauer Markt ist für den Verlauf der späteren Märkte zwar meistens von Einfluß, jedoch auch oft ergeben die späteren Märkte eine andere Tendenz und deshalb ist es nicht ausgeschlossen, daß der hiesige Markt einen Preisausschlag ergiebt, welcher angesichts der kleinen alten Bestände und des besseren Abzuges der Fabrikate berechtigt erscheint.

Bis gestern Abend waren 1725 Zentner Wolle zugefahren. Heute Morgen war die Zufuhr eine sehr starke.

Breslau, 9. Juni. [Wollmarkt.] Das Geschäft blieb belebt, bis jetzt 3 verkauft. Die Gesamtzufuhr betrug 20,000 Ztr., unter denen sich viel schlecht gewaschene Wollen befanden, die einen Preisabschlag bis 15 M. erlitten.

Breslau, 10. Juni. [Der Wollmarkt.] verlief flau, bis Mittag war derselbe aber nahezu vollständig geräumt. Die Preise waren dieselben wie gestern. Als stärker Käufer trat ein russisches Haus auf, nächst diesem rheinische, sächsische und lausitzer Fabrikanten und Händler.

Stralsund, 10. Juni. [Wollmarkt.] Zum heutigen zweiten Markttage haben keine weiteren Zufuhren stattgefunden; die Preise hielten sich auf 170—175 M., einzelne schöne Wollen erzielten 179 bis 180 M. Das Lager ist fast geräumt.

Kalisch, 9. Juni. [Zum Bahnprojekt Lodz-Kalisch.] Vor einigen Tagen wurde die zum Bahnbau projektirte Linie von Lodz über Kalisch nach der preussischen Grenze von einer Kommission bereist und das Terrain einer nochmaligen speziellen Revision unterzogen. Wie es heißt, hat man die bereits früher markirte Strecke durchweg für geeignet befunden und dürften wohl endlich die Einleitungen zum wirklichen Bau begonnen werden. So wie der Bau festgestellt und der Anfang gemacht ist, wird die Gesellschaft, welche die Konzeption zum Bau der Seitenlinie über Krasnewice durch den Koloer und Kommer Kreis — die sogenannten Kornkammern Polens — bereits in Händen hat, auch ihre Thätigkeit beginnen. Wo diese Linie in die Lodz-Kalischer Bahn einmünden wird, soll noch nicht feststehen. So wichtig und wünschenswerth die Ausführung der in Rede stehenden Bahnbauten für hiesige Gegend und weiterhin für die Provinz überhaupt auch sein mag, so glauben wir doch nur dann erst fest an die Realisirung des Projekts, wenn der Bau einer Bahn jenseits der Grenze von unserer Grenze aus über Ostrowo, Krotoschin u. s. w. zur Einmündung in die Breslau-Posener Bahn feststehen wird. Ohne diese Voraussetzung würde die diesseitige Bahn an die Grenze eine Sackbahn und ohne Bedeutung für uns sein.

Zur neuen russischen Anleihe. Der petersburger „Bereg“ flagt darüber, daß die Presse, welche eigentlich verpflichtet sei, das Publikum mit den Bedingungen, Vor- und Nachtheilen der Bankoperationen bekannt zu machen, sich der letzten Anleihe so gleichgültig und den Meldungen ihrer Börsenreporter so wenig kritisch gegenüber verhalte, ihnen ohne Weiteres auf's Wort glaube, daß die Bedingungen der Anleihe dem Publikum sehr wenig gefallen. Das Blatt fährt fort: „Im Gegentheil hat, wie man sieht, die Anleihe großen Beifall gefunden und den Beweis geliefert, daß trotz der im Verlaufe von 4 Jahren durch innere Anleihen aufgebrauchten 900 Mill. Rubel, unser Markt im Stande war, in kurzer Zeit weitere 150 Millionen aufzubringen, was jedenfalls beweist, daß wir in finanzieller Beziehung viel unabhängiger vom Auslande sind, als man allgemein annimmt.“ — So der „Bereg“, dessen Prählerie freilich ziemlich wenig angebracht ist. Denn abgesehen von den Summen, welche die russischen Banken zwangsweise zeichnen mußten, ist thatsächlich der größte Theil der Zeichnungen auf die russische Anleihe vom Auslande ausgegangen.

Bromberg, 10. Juni. [Schiffsverkehr auf dem Bromberger Kanal vom 9. bis 10. Juni Mittags 12 Uhr.] Schiffer Wilhelm Grüneberg, XIII 2525, Zement, von Stettin nach Bromberg. Johann Wisniewski, I 7752, Feldsteine, von Wilhelmsdorf nach Mewe. Kasimir Olszewski, VIII 414, Feldsteine, von Wilhelmsdorf nach Mewe. Ferdinand Maier, I 14782, Porzellanerde, von Landsberg nach Wloclawek (Abteiler). Friedrich Gerhardt, I 16090, fief. Bretter, von Bromberg nach Berlin. Hermann Grumborn, I 15909, Brennholz, von Bromberg nach Berlin. Wilhelm Grumborn, XIII 3172, Roggen von Wloclawek nach Berlin. Otto Schidowski, IV 581, leer, vom Speisefanal nach Bromberg. Wilhelm Futh, I 15894, Brennholz, von Bromberg nach Berlin. Friedrich Bahns, II 1774 do. do.

Schiffsfloßerei auf dem Bromberger Kanal. Von der Weichsel: Die Tour Nr. 89 ist abgeschlossen, ebenso die Tour Nr. 138, vertauscht mit Nr. 90, L. Zech-Bromberg, für Franke Söhne-Berlin.

Gegenwärtig schließt die Tour Nr. 91, C. Groch-Bromberg für Brauch-Posen.

Von der Oberbrabe: Tour Nr. 20, W. Fabiente-Florentino für F. S. Stengel-Zandersdorf.

Chemnitz, 9. Juni. [Notirungen der Pröduktbörsen.] Hermann Jastrow. Weizen, weiß 239—249 M., do. gelb 232—244 M. Roggen, inländischer 200—220 M., do. fremder — M. Gerste, Brau- — M., do. Futter- —

Vermischtes.

Telegraphische Nachrichten.

Pöfen,	am 9.	Juni	Mittags	1,80	Meter.
"	" 10.	"	"	1,92	"

Newyork, 9. Juni. (Schlußkurse.) Wechsel auf London: in Gold 86½ C. Wechsel auf Paris 5,18½. 5pSt. fund. Anleihe 103½, 4t. fundierte Anleihe von 1877 108½, Erie-Bahn 37½, Central-Pacific 37, Newyork Centralbahn 127½.

Mehl: ohne Venderung, per 100 Kilog. Weizen fein 31,00—32,00 M. — Roggen fein 29,25—30,00 M. Haubbaden 28,00—29,00 M., Roggen-Futtermehl 11,75—12,50 M., Weizenkleie 9,75—10,25 Marl.

Produkten-Börse.

Berlin, 10. Juni. Wind: NW. Wetter: Fei.
Weizen per 1000 Kilo loco 207-238 M. nach Qualität ge-
fordert, W. Poln. m. Ger. - M. a. B. bez., feiner gelber Märkischer
- M. ab Bahn bez., per Juni - M. bez., per Juni-Juli 223
bis 224-223 1/2 bez., per Juli-August 220 1/2-219 1/2 bez., per Sep-
tember-Oktober 211-209-210 M. bez., per Oktober-November -
bez., per November-Dezember - bez. Gefündigt 7000 Zentner. Reguli-
rungspreis 223 1/2 M. - Roggen per 1000 Kilo loco 195-215 M.
nach Qual. gefordert, Russischer 196-199 a. B. bez., inländischer 206
bis 210 M. a. B. bez., Hochfein - M. a. B. bez. feiner - M. f. B.
bez., per Juni 191-192-192 M. bez., per Juni-Juli 182-184 1/2
bez., per Juli-August 174-176 M. bez., per August-
September - M. bez., per September-Oktober 169-170 1/2-170 M.
bez., per Oktober-November 167 1/2-168 1/2-168 M. bez., Gefündigt
- Zentner. Regulierungspreis - M. bez. - Gerste per 1000 Kilo
loco 160-203 M. nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo
loco 151-173 M. nach Qualität gefordert, Russischer 154-162 M.
bez., Pommerischer 167-170 bez., Ost- und Westpreussischer - bez.,
Schlesischer 167-170 bez., Böhmer 167-170 bez., Galizischer - bez.,
per Juni 155 M. nom., per Juni-Juli 152 1/2-154 M. bez., per Juli-
August 150 1/2-151 1/2 bez., per August-September - M., per September-
Oktober 148 B. 147 G. Gefündigt 3000 Zentner. Regulierungspreis
152 M. bez. - Erbsen per 1000 Kilo Rothe 181-205 M.
bez., Futtermaare 170-180 M. - Mais per 1000 Kilo loco 140
bis 145 M. bez., nach Qualität. Rumänischer - ab Bahn bez.,
Amerikanischer 140 M. ab R. bez. - Weizenmehl per 100 Kilo
brutto, 00: 32,00-30,00 M., 0: 30,00-28,50 M., 0/1: 28,50 bis
27,50 M. - Roggenmehl inclusive Sack, 0: 27,25-26,25 M.,
0/1: 26,25-25,25 M. bez., per Juni 26,50-26,65 bez., per Juni-Juli

26,00-26,25 M. bez., per Juli-August 25,10-25,40-25,25 bez., per
August-September - bez., per September-Oktober 24,50-24,65 M.
bez., per Oktober-November 24,20-24,35 bez., per November-Dezember
24-24 1/2 bez., Gefündigt - Zentner. Regulierungspreis - bez.
- Delfaat per 1000 Kilo Winterraps 170-205 M. S. D. - bez.,
R. D. - bez., Winterrapsen 160-168 M. S. D. - bez., R. D. - bez.,
- Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Faß 55,8 M., flüssig - M.,
mit Faß 56,1 M., per Juni 55,8-55,7 bez., per Juni-Juli 55,8-55,7
bez., per Juli-August 55,8-55,7 bez., per August - M. bez., per
September-Oktober 57,2-57,3 M. bez., per Oktober-November 57,7
M. bez., per November-Dezember 58,0 M. bez. Gefündigt - Ztr.
Regulierungspreis - M. bez., - Leinöl per 100 Kilo loco
64 M. bez. - Petroleum per 100 Kilo loco 24,5 M. bez.,
per Juni 24,2 M. bez., per Juni-Juli - M., per Juli-August
- M. bez., per September-Oktober 24,4 M. bez., per Oktober-
November - bez. Gefündigt 400 Zentner. Regulierungspreis 24 M.
bez. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 65,0-64,5 M.
bez., per Juni 64,9-65,4 M. bez., per Juni-Juli 64,9-64,4 M.
bez., per Juli-August 64,9-64,4 M. bez., per August-September
64,5-64,0 M. bez., per September-Oktober 59,6-59,2-59,3 M. bez.,
per Oktober-November - bez. Gefündigt 20,000 Liter. Regulierungs-
preis 64,6 M. bez. (B. B. 3.)

Breslau, 10. Juni. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)
Roggen: (per 2000 Pfund.) fester, Gefündigt 1000 Zentner,
Abgel. Rogg. - per Juni und per Juni-Juli 188 Br. per Juli-
August 174 Gd. u. Br. per August-September - per September-
Oktober 167 Br.
Weizen: Gefündigt - per Juni 222, - Br. per Juni-
Juli 222 Br. per Juli-August 218 Br.
Hafer: Gef. - per Juni 162 Gd. per Juni-Juli 162, - Gd.
per September-Oktober 136 Br.

Petroleum: per 100 Kilo loco 26,50 Br. per Juni 26,50 Br.
Raps: per Juni 255 Br. 252 Gd.
Spiritus: gefündigt 10,000 Liter loco - per
Juni 63,20 Br. u. Gd. per Juni-Juli 63,20 Br. per Juli-August
63,50 Gd. per August-September 62,80 Br. per September-Oktober
58,20 Br.
Zinn: ohne Umfaß.
Stettin, 10. Juni. Wetter: Schön. + 18 Grad R. Baro-
meter 28,4. Wind: SW.
Weizen fest, per 1000 Kilo loco gelber inländ. 213-221 M., weißer
217-223 M., per Juni 220 M. nom., per Juni-Juli 217-218
M. bez., per Juli-August - M., per September-Oktober 204-204,5
M. bez. - Roggen höher, per 1000 Kilo loco inländischer 195-200
M., kurze Lieferung feinsten inländ. - M., russischer 187-193 M.,
per Juni 187-188 M. bez., per Juni-Juli 179-180-179,5 M. bez.,
per Juli-August 170-171,5 M. bez., per September-Oktober 165-167
M. bez., per Oktober-November - M. - Gerste ohne Handel.
- Hafer fest, per 1000 Kilo loco Pommerischer 153-157 M., Russischer
147-153 M. - Erbsen ohne Handel. - Winterrapsen matt, per
1000 Kilo per September-Oktober 261,5 M. bez., per Oktober-November
- M. - Rübsöl gefündigt, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Klein-
feiten 55,5 M. Br., per Juni - M., per Juni-Juli 54,5 M. Br.,
per September-Oktober 56,75 M. Br., per Oktober-November - M.
- Spiritus fester, per 10,000 Liter loco ohne Faß 63-63,5 M.
bez., per Juni u. Juni-Juli 63,7 M. Br. u. Gd., per Juli-August 64,1
M. bez., per August - M., per August-September 63,8-64 M. bez.,
63,9 M. Br. u. Gd., per September-Oktober 58,4 M. Br., per Oktob.-
Novbr. - M. bez. - Angemeldet: nichts. - Regulierungspreise:
Weizen 220 M., Roggen 187,5 M., Rübsöl 54,5 M., Spiritus 63,7 M.
- Petroleum loco 8 M. trans. bez., Regulierungspreis 8 M.
(Druck-3ta.)

Berlin, 10. Juni. Der Schluß des gestrigen Nachgeschäfts war
recht fei gewesen; die Beförderung der Stimmung hatte an den west-
lichen Börsen Wiederhall gefunden, und aus Paris ward am Abend
lebhaftes Gausse in russischen Anleihen und ungarischer Rente gemeldet.
Letztere fand heute hier großen Anklang; die fremden Renten wurden
in großen Beträgen rege umgesetzt und die ungarische Goldrente sofort
fast 1 Prozent höher bezahlt. Auch Loos-Effekten lagen günstig.
Ganz besonders beliebt erschienen aber Kredit-Aktien, welche in Wien
um fast 2 Gulden heraufgesetzt waren, ferner Laurabütte und Dort-
munder Union, welche an 1 1/2 Prozent anzogen. Nicht gute Beachtung
fanden auch Mainzer, Freiburger und Bergische, Galizier, Elbethal
und Franzosen; Diskonto-Kommandit-Antheile gewannen 3 Prozent.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 10. Juni 1880.

Preussische Fonds- und Geld-
Cours.

Consol. Anleihe	4 1/2	105,90	b3
do. neue 1876	4	100,00	b3
Staats-Anleihe	4	99,90	G
Staats-Schuld.	3 1/2	96,70	b3
Ob.-Stadt-Obl.	4 1/2	103,80	b3
Verl. Stadt-Obl.	4 1/2	94,10	b3
do. do.	3 1/2	94,10	b3
Schuld. d. B. Rfm.	4 1/2	102,00	B
Pfandbriefe:			
Berliner	5	107,70	b3
do.	4 1/2	103,80	G
Landsh. Central	4	99,70	b3
Rur- u. Neumärk.	3 1/2	93,00	G
do. neue	3 1/2	91,40	G
do. do.	4	100,00	B
do. neue	4 1/2		
N. Brandbg. Cred.	4		
Ostpreussische	3 1/2	91,25	G
do.	4	99,30	b3
do.	4	101,80	b3
Bommerische	3 1/2	91,30	G
do.	4	99,60	b3
do.	4 1/2	102,50	B
Posenische, neue	4	99,90	B
Sächsisch.	4	100,00	G
Schlesische altl.	3 1/2	92,10	G
do. alte A. u. C.	4 1/2		
do. neue A. u. C.	3 1/2	92,40	G
Westpr. ritterich.	4	99,50	G
do.	4 1/2	100,40	G
do. II. Serie	5		
do. neue	4		
do.	4 1/2	103,50	B

Rentenbriefe:

Rur- u. Neumärk.	4	100,10	G
Pommerische	4	100,10	B
Posenische	4	99,90	B
Preussische	4	99,70	b3
Rhein- u. Westf.	4	100,00	G
Sächsisch.	4	100,20	B
Schlesische	4	100,40	G

Souvereignes

20-Frankstücke	20,40	b3
do. 500 Gr.	16,19	B
Dollars	4,22	B
Imperials	16,67	G

Fremde Banknoten

do. einl. Leipz.		
Franzöf. Banknot.	81,00	b3
Deuterr. Banknot.	172,90	b3
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl.	216,25	b3

Deutsche Fonds.

P. A. v. 55 a 100 Th.	3 1/2	142,80	b3
Def. Br. v. 40 Th.	4	280,50	b3
Def. Pr. v. 67.	4	132,50	b3
do. 35 fl. Obligat.	4	176,00	b3
Bair. Präm.-Anl.	4	135,50	B
Braunsch. 20thl.-A.	4	99,30	b3
Brem. Anl. v. 1874	4	102,40	G
Edln.-St.-Pr.-Anl.	3 1/2	132,50	b3
Edln.-St.-Pr.-Anl.	3 1/2	126,00	G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	119,50	b3
do. II. Abth.	5	117,50	G
Pr.-A. v. 1866	3	188,00	b3
Südb. Pr.-Anl.	3 1/2	186,00	b3
Recklenb. Eisenfch.	3 1/2	91,30	b3
Reiningen Loofe	4	27,10	b3
do. Pr.-Pfdbr.	4	123,90	b3
Oldenburg. Loofe	3	152,90	b3
D. G. C. B. v. 110	5	107,40	B
do. do.	4 1/2	103,80	B
Otfch. Hypoth. unk.	5	101,20	b3
do. do.	4 1/2	101,10	b3
Reich. Hyp.-Pf.	4 1/2	100,75	b3
Reich. Ord.-Pf. A.	5	98,50	b3
do. Hyp.-Pfdbr.	5	98,00	b3

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	106,10	b3
Bl. f. Rheinl. u. Westf.	4	40,00	G
Bl. f. Sprit u. Br.	4	47,50	b3
Verl. Handels-Ges.	4	103,70	b3
do. Kassen-Verein	4	168,75	B
Breslauer Dis.-Bf.	4	91,80	G
Centralb. f. B.	4	12,75	G
Centralb. f. S. u. H.	4		
Goburger Credit-B.	4	87,50	B
Edln. Wechselbank	4	97,25	G
Danziger Privatb.	4	109,50	B
Darmstädter Bank	4	144,40	B
do. Zettelbank	4	106,25	G
Deffauer Creditb.	4	76,90	b3
do. Landesbank	4	119,00	G
Deutsche Bank	4	137,00	b3
do. Genossensch.	4	110,25	b3
do. Hyp.-Bank	4	91,50	G
do. Reichsbank	4 1/2	148,50	b3
Diskonto-Comm.	4	171,50	B
Gerar. Bank	4	82,00	b3
do. Handelsb.	4	54,25	G
Gothaer Privatb.	4	101,60	G
do. Grundcred.	4	93,25	b3
Hypothek (Hübner)	4	102,50	b3
Königsb. Vereinsb.	4	144,25	B
Leipziger Creditb.	4	144,25	B
do. Discotob.	4	93,50	G
Magdeb. Privatb.	4	110,50	b3
Miedlb. Bodencr.	fr.	64,50	b3
do. Hypoth.-B.	4	74,75	G
Meining. Creditb.	4	94,25	G
do. Hypothekb.	4	91,50	b3
Niederlausitzer Bank	4	97,50	G
Norddeutsche Bank	4	157,00	G
Nord. Grundcredit	4	47,50	b3
Deuterr. Kredit	4		
Petersb. Intern. Bf.	4	95,50	B
Posen-Landwirtsch.	4	67,50	G
Posener Prov.-Bank	4	112,00	G
Posener Spiritalkt.	4	46,75	G
Preuss. Bank-Anth.	4 1/2		
do. Bodencredit	4	92,10	b3
do. Centralbdn.	4	129,00	b3
do. Hyp.-Spielb.	4	104,00	B
Probuft.-Handelsb.	4	76,30	b3
Sächsisch. Bank	4	118,00	B
Schaffhauf. Bank	4	85,75	b3
Schlei. Bankverein	4	104,50	b3
Südd. Bodencredit	4	130,50	G

Ausländische Fonds.

Amerik. rds. 1881	6		
do. do. 1885	6		
do. Bds. (fund.)	5	100,80	G
Norweger Anleihe	4 1/2	102,00	G
Newport. Std.-Anl.	6	118,00	b3
Deuterr. Goldrente	4	77,00	b3
do. Pap.-Rente	4 1/2	63,60	b3
do. Silber-Rente	4 1/2	63,80	G
do. 250 fl. 1854	4	114,50	b3
do. Gr. 100 fl. 1858	4	340,50	b3
do. Lott.-A. v. 1860	5	125,50	b3
do. do. v. 1864	5	311,75	G
Ungar. Goldrente	6	94,30	b3
do. St.-Gib.-Akt.	5	91,50	b3
do. Loofe	5	217,00	b3
do. Schatzsch. I.	6		
do. do. kleine	6		
do. do. II.	6		
Italienische Rente	5	85,60	G
do. Tab.-Oblig.	6		
Rumänier	8	110,00	b3
Russ. Centr.-Bod.	5	79,20	b3
do. Engl. A. 1822	5	87,25	G
do. do. A. v. 1862	5	88,90	b3
Russ.-Engl. Anl.	3		
Russ. fund. A. 1870	5		
Russ. conj. A. 1871	5	90,40	b3
do. do. 1872	5	90,40	b3
do. do. 1873	5	90,60	b3
do. do. 1877	5	92,00	b3
do. Bodencredit	5	84,00	b3
do. Pr.-A. v. 1864	5	152,00	G
do. do. v. 1866	5	148,75	b3
do. 5. A. Stiegl.	5	62,10	G
do. 6. do. do.	5	86,25	b3
do. Pol. Sch.-Obl.	4		
do. do. kleine	4		
Poln. Pfdbr. III. C.	5	66,00	B
do. do.	4		
do. Liquidat.	4	57,75	b3
Türk. Anl. v. 1865	5	10,90	b3
do. do. v. 1869	6		
do. Loofe vollgez.	3		

*) Wechsel-Cours.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	169,10	b3
do. 100 fl. 2 M.	168,35	b3
London 1 Str. 8 T.	20,475	b3
do. do. 3 M.	20,33	b3
Paris 100 Fr. 8 T.	80,90	b3
do. do. 3 M.		
Wien 100 Kr. 8 T.	172,75	b3
Wien 100 Kr. 2 M.	171,75	b3
Petersb. 100 R. 3 M.	215,60	b3
do. 100 R. 3 M.	214,90	b3
Warschau 100 R. 8 T.	215,70	b3

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für

Wechsel f. Lombard 5 pCt., Bank-		
diskonto in Amsterdam 3 pCt. Bremen -		
Brüssel 3 pCt., Frankfurt a. M. 4 pCt., Ham-		
burg - Leipzig - London 3 pCt., Paris		
2 pCt., Petersburg 6 pCt., Wien 4 pCt.		

Das Geschäft war namentlich in den genannten Papieren recht rege;
die Kurse schwankten viel; die Haltung konnte aber im ganzen als
fest und die Stimmung als günstig bezeichnet werden. Als Grund
dieser vorteilhaften Tendenz gilt immer wieder die überaus große
Flüssigkeit des Geldstandes, welche das Privat-Publikum immer
wieder zu den höher verzinslichen Anlagen hindrängt und dadurch der
steigenden Bewegung, trotz der Gegenbestrebungen der Kontremine
und trotz aller Gewinnminderungen immer wieder neue Nahrung giebt.
Gegen baar gehandelte Aktien lagen recht fest, aber still; einheimische
Anlagewerthe fanden regelmäßige Beachtung, blieben aber still;
russische und österreichische Eisenbahn-Obligationen gut behauptet.
Rumänische Rente und russische Anleihen blieben beliebt. - Trotzdem

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	31,90	b3
Altona-Kiel	4	157,25	b3
Bergisch-Märkische	4	110,00	b3
Berlin-Anhalt	4	117,25	b3
Berlin-Dresden	4	19,50	b3
Berlin-Görlitz	4	24,70	b3
Berlin-Hamburg	4	213,00	b3
Brl.-Rotsd.-Magd.	4	99,00	b3
Berlin-Stettin	4 1/2	115,50	b3
Bresl.-Schw.-Frbg.	4	112,00	b3
Edln.-Minden	6	147,60	b3
do. Lit. B.			
Halle-Sorau-Guben	4	25,00	b3
Hann.-Altenb.	4		
do. II. Serie			
Märkisch-Polener	4	29,90	b3
Magd.-Halberstadt	4	147,50	b3
Magdeburg-Leipzig	4		
do. do. Lit. B.	4		
Münster-Hamm	4		
Niederf.-Märk.	4	99,90	B
Nordhau.-Erfurt	4	25,75	b3
Oberf. Lit. A. u. C.	3 1/2	186,75	b3
do. Lit. B.	3 1/2	152,50	b3
do. Lit. C.	5		
Ostpreuss. Südbahn	4	57,60	b3
Rechte Oderuferb.	4	140,20	b3
Rheinische	4	158,90	b3
do. Lit. B. v. St. gar.	4	99,20	b3
Rhein-Nahabahn	4	18,00	b3
Stargard-Posen	4 1/2	102,90	b3
Thüringische	4	159,50	b3
do. Lit. B. v. St. gar.	4	98,70	b3
do. Lit. C. v. St. gar.	4 1/2	105,20	b3
Weimar-Geraer	4 1/2	52,90	b3

Industrie-Aktien.

Brauerei Pilsenerhof	4	139,00	G
Damenb. Rattun.	4		
Deutsche Bauges.	4	64,10	b3
Otfch. Eisenb.-Bau	4	4,60	b3
Otfch. Stahl- u. Eis.	4		
Donnersmarthütte	4	59,60	b3
Dortmunder Union	4	9,50	B
Egells Majch.-Akt.	4	33,75	b3
Edmanns-Spinn.	4	35,50	b3
Flora-Charlotteb.	4		
Frist u. Hofm. Näh.	4	59,75	b3